



## **Aktuelles aus der Haupt-Jugend- und Auszubildendenvertretung**

Nr. 002/2026 vom Donnerstag, den 30. Juni 2026

### **Haupt-JAV fordert umfassende Aufklärung nach Fund von Aufnahmetechnik an der Hochschule für Wirtschaft und Recht**

Die Haupt-Jugend- und Auszubildendenvertretung für die Behörden, Gerichte und nichtrechtsfähigen Anstalten des Landes Berlin (Haupt-JAV) hat sich mit den bekannt gewordenen Funden von Aufnahmetechnik in den sanitären Einrichtungen der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (HWR) sowie am gemeinsamen Standort des Bezirksamtes Lichtenberg von Berlin befasst. Nach zahlreichen Rückmeldungen von Nachwuchskräften und örtlichen Jugend- und Auszubildendenvertretungen beschloss das Gremium, sich mit einem Schreiben an die Senatsverwaltung für Finanzen sowie die Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege zu wenden.

Aus Sicht der Haupt-JAV haben die Vorfälle bei vielen Anwärter\*innen und dual Studierenden erhebliche Verunsicherung ausgelöst. Insbesondere die Möglichkeit, dass Nachwuchskräfte in einer ihrer intimsten Lebenssituationen heimlich aufgezeichnet worden sein könnten, beeinträchtigt das Sicherheitsgefühl an einem der wichtigsten Ausbildungsstandorte des Landes Berlin.

In ihrem Schreiben begrüßt die Haupt-JAV ausdrücklich die strafrechtliche Aufarbeitung der Vorfälle. Gleichzeitig macht sie deutlich, dass eine umfassende Aufklärung allein nicht ausreicht. Sie fordert eine transparente Informationskultur gegenüber den Betroffenen und den Ausbildungsdienststellen sowie eine zeitnahe Information der Ausbildungsleitungen, damit diese ihrer Fürsorgepflicht gegenüber den Nachwuchskräften nachkommen können. Darüber hinaus regt die Haupt-JAV an, auch weitere landeseigene Bildungseinrichtungen vorsorglich auf vergleichbare Aufnahmetechnik zu überprüfen.

Der Vorsitzende der Haupt-JAV, Sasha König, erklärt:

*„Die Berichte über die aufgefundene Aufnahmetechnik haben viele Nachwuchskräfte tief verunsichert. Wer ein Studium im Landesdienst absolviert, muss darauf vertrauen können, dass seine Persönlichkeitsrechte jederzeit geschützt werden. Deshalb erwarten wir neben einer lückenlosen Aufklärung auch eine offene Informationskultur und präventive Maßnahmen, damit sich ein solcher Vorfall nicht wiederholt.“*

Die stellvertretende Vorsitzende Jessika Rotgang ergänzt:

*„Gerade in einer solchen Situation ist es wichtig, die Betroffenen nicht allein zu lassen. Ausbildungsleitungen und Dienststellen müssen frühzeitig informiert werden, damit sie Fragen beantworten, Unterstützung anbieten und ihrer Fürsorgepflicht gerecht werden können. Gleichzeitig sollten die aktuellen Ereignisse Anlass sein, die Sicherheitsstandards an weiteren Ausbildungsstandorten des Landes kritisch zu überprüfen.“*

Die Haupt-JAV weist zudem darauf hin, dass sie bereits seit mehreren Jahren Rückmeldungen zu unterschiedlichen Problemstellungen rund um die HWR erhält. Der aktuelle Vorfall verdeutlichte erneut, dass ein gemeinsamer Austausch über die Rahmenbedingungen für Nachwuchskräfte am zentralen Ausbildungsstandort des Landes Berlin erforderlich sei. Aus diesem Grund hat die Haupt-JAV die Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege um ein entsprechendes Gespräch gebeten.

Die Haupt-JAV wird die weiteren Entwicklungen aufmerksam begleiten und sich weiterhin für den Schutz sowie gute Ausbildungs- und Studienbedingungen der Nachwuchskräfte im Berliner Landesdienst einsetzen.

**Kontakt:**

hjav@hjav.berlin.de, Telefon: + 49 0151 582 777 66